

**Gegenstand: Ehrenbürgerwürde Margarete Boiselle-Vogler;
Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.06.2021
Vorlage: 0823/2021**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Feinler räumt für die SPD-Fraktion ein, es offenbar versäumt zu haben, alle Informationen an die anderen Fraktionen weitergeleitet zu haben. Er selbst habe schon anlässlich des 50. Ratsjubiläums von Frau Boiselle-Vogler angeregt, diese schöne Geste in Erwägung zu ziehen. Frau Boiselle-Vogler hat sich speziell im Sport und im kulturellen Bereich engagiert und nimmt immer noch am politischen Geschehen teil. Er richtet die Bitte an die Vorsitzende, die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch im engeren Kreis einzuladen.

Herr Popescu unterstützt die vorgeschlagene Vorgehensweise. Die Linke wünscht sich insgesamt eine Aussprache zum Thema verliehener Ehrenbürgerwürden, auch vor dem Hintergrund aufgetauchter brisanter Informationen.

Laut Herrn Oehlmann wurde die Vita von Frau Boiselle-Vogler vorgestellt, die mehr als ausreichend für eine solche Ehrung sei. Die FDP könne sich dem Vorschlag anschließen. Schön wäre es gewesen, vielleicht von der Person selbst etwas zu hören, die inzwischen immerhin 99 Jahre alt ist.

Zum Aktenvermerk der Stadt über kommunale Ehrungen stellt Herr Rottmann fest, dass dort ausgerechnet die höchste Auszeichnung Stadt den geringsten Anteil an Kriterien aufweist. Vielleicht hat die Verwaltung neue Ideen, wie man dies neu strukturieren könnte.

Die Vorsitzende sagt eine Gesprächseinladung zu, in der auch über andere Ehrungen beraten werden kann.

**Gegenstand: Übertragungen aus dem Rat;
Schreiben der SWG-Stadtratsfraktion**

Frau Dr. Mang-Schäfer weist darauf hin, dass die Videoübertragungen der Ratssitzungen gut angenommen werden, was aus dem Stadtratssitzungssaal sicher schwierig sei. Für den Anfang würde aber auch eine Tonübertragung aus der Audioanlage mit Standbild reichen, die nicht unbedingt live sein muss.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass es derzeit leider noch nicht möglich ist, Audioübertragungen aus dem Stadtratssitzungssaal direkt ins www-Netz zu übertragen.

Die Sennheiser-Anlage zeichnet Audiobeiträge zwar hochwertig digital auf, hat aktuell aber keine Schnittstelle für einen (Live-)Stream ins Internet (Baujahr 2009). Bisher wurden, allerdings nur bei den Haushaltsreden, die mp3-Audiodateien von Hand abgezogen, im Datenvolumen reduziert, damit auch Menschen mit niedriger Bandbreite sie laden können, und die Dateien dann anschließend ebenfalls händisch auf den Webserver von www.speyer.de geladen. Ein zeitverzögertes Bereitstellen von reinen Audioaufzeichnungen aller Sitzungen ist für die Bürgerinnen und Bürger aus Sicht der Verwaltung unattraktiv und lohnt den personellen Aufwand nicht. Die Live-Übertragung ist nicht möglich. Auf Wunsch der SWG-Fraktion wird allerdings geprüft, ob man eine Audiodatei nachträglich online stellen kann.

Zu bedenken ist auch, dass die Tonaufzeichnungen aus den Rats- und Ausschusssitzungen laut Geschäftsordnung derzeit nur zu Protokollzwecken zugelassen sind. Für eine generelle Übertragung wäre eine Änderung erforderlich; diese muss bei Realisierung von „Stadtrats-TV“ ohnehin erfolgen.

Für dieses Livestreaming von Bild und Ton existiert bereits ein Stadtratsbeschluss, der noch umgesetzt werden muss. Haushaltsmittel sind schon bereitgestellt, die ganze Aktion kam aber wegen der vielen anderen Baustellen, insbesondere Corona, ins Stocken, zumal auch der Denkmalschutz bei Festinstallationen in denkmalgeschützten Räumen noch ein Wort mitzureden hat.

Wie aufwändig eine Übertragung von Sitzungen technisch ist, kann man aktuell bei den Terminen beobachten, an denen der Offene Kanal diese Arbeit übernimmt. Dafür stellt der OK der Stadt eine sehr moderate Rechnung pro Sitzung. Auch beim Projekt „Stadtrats-TV“ wird die Übertragung durch den Offenen Kanal erfolgen, dann allerdings stationär; dessen personellen Aufwand muss die Stadt auch weiterhin finanziell tragen.

Solange unter Corona-Bedingungen in der Universität oder später wieder in der Stadthalle getagt wird, wird der OK auch weiterhin das „Sprachrohr nach außen“ bleiben; theoretisch kann er auch im Stadtratssitzungssaal mobil noch unterstützen, bis die Festinstallation der Technik abgeschlossen ist.

In einem ersten Schritt werden in Kürze die Tische der Konferenzbestuhlung des Stadtratssitzungssaales mit Elektroanschlüssen ausgerüstet, damit ein Laden von digitalen Endgeräten jederzeit möglich ist (230 V/USB); geplant ist dies für die Herbstferien im Oktober.

**Gegenstand: Besprechung von Projekten über Gremien hinweg;
Schreiben der SWG-Stadtratsfraktion**

Die Vorsitzende führt aus, dass bisher maximal 2 Gremien in gemeinsamer Sitzung getagt haben. Weiter gefasste Teilnehmerkreise sprengen die Kapazitäten, insbesondere die räumlichen und organisatorischen. Frau Dr. Mang-Schäfer geht es um die übergreifenden Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in den verschiedenen Ausschüssen. Es kommt dabei immer wieder zu Lücken in der Beratung, weil das Feedback aus den Fachausschüssen fehlt. Ein positives Beispiel sei die Klausurtagung zur Stadtentwicklung mit allen Beteiligten; so etwas könnte ggf. auch in digitaler Form abgehalten werden.

Nach Vorstellung der Vorsitzenden sollen die Klausurtagungen durchaus wiederaufleben. Diese ersetzen aber nicht den Fraktionsaustausch innerhalb der Partei mit den Mitgliedern in den Ausschüssen. Wenn man alle Themen mit allen Beteiligten erörtern will, braucht man keine Fachausschüsse mehr. Deren Eigenständigkeit soll aber erhalten bleiben und keine Überlagerungen entstehen. Auch die festgelegte Beratungsreihenfolge in der Beschlussfassung ist zu beachten. Die Ratsfraktionen müssen dabei ins Gespräch mit ihren Ausschussmitgliedern gehen. Frau Dr. Mang-Schäfer wendet ein, dann müsse bei der Sitzungsplanung aber mindestens ein Wochenende zwischen zwei aufeinanderfolgenden Terminen für die Fraktionstreffen (Montag/Dienstag) eingeplant werden.

Die Fülle an Sitzungen und Informationen ist laut Herrn Feiniler vielleicht auch den komplexen Themengruppen geschuldet, die in letzter Zeit zu bewältigen waren. Im Übrigen reicht der SPD die Zeit zwischen den Sitzungen für einen fraktionsinternen Austausch.

Dem schließt sich eine Diskussion zwischen Frau Dr. Mang-Schäfer und der Vorsitzenden über Termine der Gremiensitzungen und Fraktionssitzungen an.

Für Herrn Oehlmann haben beide Positionen ihren gewissen Charme. Er sieht den Informationsbedarf ebenfalls den Themenkomplexen geschuldet. Die FDP sieht ausschussübergreifende Beratungen sinnvoll nur in Einzelfällen für wirklich große Themen, insgesamt passt die bestehende Struktur aber.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

- Lüftungsanlagen in Schulen und Kindertagesstätten
- Berichterstattung zur „Vertreibung aus dem Paradies“ (CDU)
- Beteiligungskultur (SWG)

I. Lüftungsanlagen in Schulen und Kindertagesstätten

Die Verwaltung informiert darüber, dass Förderanträge für Lüftungsanlagen über das Bundesförderprogramm für alle KiTas, Grund- und Förderschulen sowie die weiterführenden Schulen bis zur 6. Klasse eingeplant werden. Es handelt sich dabei um Wärmetauscher-Anlagen, welche die Wärmeenergie zurückgewinnen. Geplantes Investitionsvolumen sind 4,6 Mio. €, auf die Stadt würde dabei ein Eigenanteil von 986.000 € bei 80 % Förderung entfallen. Die Beratung soll im Oktober-Stadtrat 2021 stattfinden. Allerdings hätte die Verwaltung gerne ein Stimmungsbild aus den Fraktionen, um die Antragstellung vorziehen zu können, da sicherlich alle Kommunen solche Anträge in nächster Zeit stellen werden.

Frau Heller erkundigt sich nach den Umsetzungsmöglichkeiten bei dem zu erwartenden Ansturm. Laut Verwaltung soll das im Lauf des nächsten Jahres erfolgen, wobei Frau BM Kabs als zuständige Schuldezernentin eher von einer Laufzeit über mehrere Jahre ausgeht. Nicht in der Liste stehen, das Kaiserdomgymnasium und die Zeppelinschule wegen Denkmalschutz; die Salierschule erfüllt bereits den Passivhausstandard. Bei künftigen Neubauten werden solche Anlagen direkt eingeplant. Aktuell werden alle Schulen durch die SWS mit Ampelsystemen ausgestattet, welche die CO₂-Belastung der Luft überwachen und an das Lüften erinnern.

Aus Sicht von Herrn Rottmann besteht das Placet aller Fraktionen für eine Antragstellung vor Stadtratsbeschluss.

II. Berichterstattung zur „Vertreibung aus dem Paradies“

Die Stadtspitze bekennt sich durch die Vorsitzende zu einer lebendigen Kunst- und Kulturstadt. Unterschiedlichste Veranstaltungsformate müssen erhalten bleiben. Dies bedeutet, mit Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Anwohner, natürlich nicht Highlife rund um die Uhr. Beschwerden waren auch in der Vergangenheit bekannt vom Brezelfest und vom Altstadtfest, heute beschwerten sich einige Leute in der Innenstadt über die Lautstärke der Domglocken. Das Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG) sieht die grundsätzliche Nachtruhe um 22:00 Uhr vor, gibt der Stadt aber auch einen Ermessensspielraum, den es auszuüben gilt. Die Vorsitzende sieht das Land in der Pflicht, festzulegen, welche Veranstaltungen trotzdem möglich gemacht werden. NRW hat beispielsweise das dortige LImSchG bei volksfestartigen Veranstaltungen angepasst. Extreme Auflagen für die Veranstalter, mit der Forderung von Gutachten, Lärmmessungen, Kontrolldiensten und Hotelzimmern ersticken die kulturelle Vielfalt. Sie verweist auf einen Antrag der FDP und die Erfahrungen aus dem Industriebau mit Beschwerden einiger weniger Leute; auch da wurde eine Lösung gefunden. Im Paradiesgarten ist das Umfeld ungleich schwieriger. Gleichwohl darf es keine Verdrängung von kulturellen Veranstaltungen in die Außenbereiche geben. Sie kündigt auch interne Beratungen innerhalb der Verwaltung an, wie man das Ermessen künftig ausüben kann.

Frau BM Kabs ergänzt, die Konzerte im Paradiesgarten waren der Corona-Pandemie geschuldet. In den vergangenen 5 Jahren gab es bei den Picknick-Konzerten (städt. Veranstaltungen) nicht eine Beschwerde. Sie verweist auf das Ambiente für Konzerte. Alle

Anwohnerinnen und Anwohner haben dazu Schreiben erhalten. Es waren 4 Konzertwochenenden bis jeweils 22 Uhr geplant, sonntags nur mit Vormittags-Matinee. Nach der Diskussion um den Vorschlag eines privaten Altstadtfestes hat die Pfarrerin alle Veranstaltungen abgesagt. Insgesamt sind nur 2 Fälle von Kritikern bekannt. Es sei problematisch, sich mit Kultur schmücken zu wollen, diese aber nur noch im Dom stattfinden zu lassen. 2022 sind wieder Picknick-Konzerte geplant, dabei sollte man den Paradiesgarten nicht außen vorlassen. Es sollte das Gespräch mit den Beschwerdeführenden gesucht werden. Das Gros der Leute sei begeistert, wird in der öffentlichen Debatte aber nicht gehört.

Frau Münch-Weinmann als Dezernentin, weist darauf hin, dass Freizeitrichtlinie bzw. LImSchG zu beachten sind, je nach Veranstaltungstyp. Man muss unterscheiden zwischen städtischen und privaten Terminen. Der Veranstalter hat aufgrund der Auflagen selbst alles abgesagt.

Aus Sicht von Herrn Rottmann gehören Kulturveranstaltungen zur Stadt. Nach Corona muss man darauf achten, dass nicht Einzelne alle Veranstaltungen mit ihren individuellen Rechten blockieren können. Er schlägt vor, einen Appell des Stadtrates in beide Richtungen zu verfassen, auch gegenüber dem Landesgesetzgeber, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Herr Feiniler findet es schade, dass man sich über so etwas überhaupt unterhalten muss. Inzwischen sei fast schon System hinter den Blockaden zu vermuten. Auch der AWO-Keller kann nicht mehr vermietet werden, weil regelmäßig um 22 Uhr die Polizei vor der Tür stand. Ein Appell sei gut, aber dessen Wirksamkeit fraglich, weil sich einzelne Personen immer quer stellen werden.

Herr Oehlmann signalisiert komplette Unterstützung für die Haltung der Vorsitzenden. Die ehrenamtliche Tätigkeit von Herrn Hammer sei ein Glücksfall für die Stadt. Kulturelles Leben lebt von der Ehrenamtlichkeit. In gewissen Situationen müssen Verwaltung und Politik auch mal nach vorne treten und Kante zeigen. Nach fast zwei Jahren Stillstand hegt er allerdings Zweifel an der Reaktivierung des Kulturlebens auf den Stand vor Corona.

Herr Popescu kennt die Problematik aus eigener, 14jähriger Erfahrung in der Gastronomie. Die Bauentwicklung geht eindeutig in Richtung Schlafstadt. Kultur findet aber in der Innenstadt statt - und Künstler müssen sich ihre Kunst auch leisten können. Deshalb plädiert er dafür, Druck auf die Landesregierung auszuüben. NRW und Berlin nennt er als Beispiele.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstützt ebenfalls eine solche Initiative. Als Möglichkeit nennt sie den Mannheimer Nachtbürgermeister, vorausgesetzt das Gesetz gibt das in RLP her. Nicht nur für Konzerte, sondern auch für Gastronomie sollte es so eine Schlichtungsstelle geben. Zudem müssten alle juristischen Schlupflöcher gestopft werden, damit es Speyer nicht ergeht wie dem Wurstmarkt in DÜW.

Die Vorsitzende sieht auch verwaltungsintern noch Beratungsbedarf, welchen Ermessensspielraum man ausüben kann. Sie berichtet darüber, sich persönlich dafür geschämt zu haben, an einer Kundgebung für eine Veranstaltungsreihe teilnehmen zu müssen, die von der Stadt verhindert wurde.

Frau Heller kündigt an, ein Gespräch mit der Landesministerin zu führen, wie man die veralteten gesetzlichen Rahmenbedingungen den Lebenswirklichkeiten anpassen kann.

Frau Kabs schließt die Diskussion mit einem Hinweis auf das Motto der Stadt ab: Kultur – Toleranz – Lebenslust; dies müsse in der Stadt erhalten bleiben.

III. Beteiligungskultur:

Frau Dr. Mang-Schäfer hat kein geeigneteres Gremium gefunden, um ihr Anliegen zu thematisieren. Der vom Rat beschlossene Leitfaden für die Bürgerbeteiligung sei durchaus gut, müsse aber mit Leben gefüllt werden. Vielen Leuten ist gar nicht bewusst, was Bürgerbeteiligung eigentlich ist oder wie man daran teilnimmt. Dazu bedarf es einer Klarstellung, wie der Weg von Vorschlägen (Verwaltung und Bürger) geht. Die Vorsitzende wendet ein, dass kritische Bürgerinnen und Bürger Einladungen zum Dialog häufig gar nicht annehmen und stattdessen lieber über andere Kanäle opponieren.

Frau Keller-Mehlem sieht die früheren Stadtteilkonferenzen als Bindeglied. Die gilt laut Vorsitzender insbesondere bei dem Format Soziale-Stadt. Allerdings sollte man die Erwartungshaltungen etwas dämpfen

12. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 21.09.2021



12. Sitzung des Ältestenrates 21.09.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!